



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **3. Sitzung (öffentlich)**

25. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Günter Labes

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |           |
|---|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>5</b>  |
| <b>1 Einführung in die medienpolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode</b>   | <b>5</b>  |
| Vorlage 16/246  |           |
| Der Ausschuss führt zu der in der letzten Sitzung durch Ministerin Dr. Schwall-Düren gegebenen Einführung in die medienpolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode eine Aussprache durch |           |
| <b>2 Langzeitstudie des Formatt-Institutes „Film- und Fernsehproduktion in Deutschland 2009 und 2010“</b>   | <b>15</b> |
| Vorlage 16/250  |           |
| Den Berichten von Ministerin Dr. Schwall-Düren und Horst Röper vom Formatt-Institut schließt sich eine Aussprache an.   |           |

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012), kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel 22**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/300

Vorlage 16/82 (Erläuterungen zum Personalhaushalt, Einzelplan 07)

Vorlage 16/141 (Erläuterungsband Einzelplan 07)

Vorlage 16/155 (Erläuterungsband Einzelplan 02)

Vorlage 16/228 (Einführungsbericht Einzelplan 07)

Vorlage 16/247 (Einführungsbericht Einzelplan 02)

Der Ausschuss nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich in Einzelplan 02 fallenden Ansätze – Kapitel 02 200 – mit zwölf Jastimmen, sechs Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen an.

Der Ausschuss stimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich im Einzelplan 07 fallenden Ansätzen – Kapitel 07 050 und 07 100 – mit zwölf Jastimmen bei sechs Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen zu.

**4 Einführung in die kulturpolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode 28**

Vorlage 16/228

Der Ausschuss führt eine Aussprache über die von Ministerin Ute Schäfer in der letzten Sitzung vorgestellten kulturpolitischen Schwerpunkte der 16. Wahlperiode durch.

**5 Modernes Regieren im digitalen Zeitalter – Open-Government-Strategie für Nordrhein-Westfalen vorantreiben. 39**

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/811

Der Ausschuss kommt bei zwei Gegenstimmen überein, sich nachrichtlich an der vom Innenausschuss für den 6. Dezember 2012 geplanten Anhörung zu beteiligen.

**6 Verschiedenes**

**41**

\* \* \*



### **3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012), kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/300

Vorlage 16/82 (Erläuterungen zum Personalhaushalt, Einzelplan 07)

Vorlage 16/141 (Erläuterungsband Einzelplan 07)

Vorlage 16/155 (Erläuterungsband Einzelplan 02)

Vorlage 16/228 (Einführungsbericht Einzelplan 07)

Vorlage 16/247 (Einführungsbericht Einzelplan 02)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des **Vorsitzenden Karl Schultheis** überein, die Abstimmung in Form einer GesamtAbstimmung über die kultur- und medienpolitisch relevanten Kapitel durchzuführen.

Der Vorsitzende teilt noch mit, Änderungsanträge lägen nicht vor, allerdings habe die Piratenfraktion schriftlich formulierte Fragen vorgelegt.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** hebt hervor, der Kulturszene belaste besonders, dass der Etat erst jetzt beschlossen werde. Für sehr viele freie Kulturträger habe das bedeutet, dass deren Projekte nicht hätten stattfinden können. Die späte Verabschiedung sei nicht nur Folge der Neuwahl, sondern beruhe auch darauf, dass dieser Etatentwurf erst im Dezember 2011 eingebracht worden sei, sodass dessen Verabschiedung in jedem Fall spät erfolgt wäre. Erinnernd an die Probleme im Jahr 2011 interessiere, was in diesem Jahr mit den Projektmitteln geschehe, die nicht verausgabt werden könnten.

Für die Kulturszene bedeute dieser Ablauf eine Katastrophe. Die großen Einrichtungen verfügten über feste Etats, aber die Projektträger hätten Probleme mit einer späten Haushaltsverabschiedung.

Den stärksten Aufwuchs im Etat gebe es in der Titelgruppe 67. Bei den Bibliotheken steige der Ansatz um 7,5 Millionen € auf 10,7 Millionen €. Er bitte darzulegen, was sich dazu hinter dem Satz verberge, darüber hinaus könnten aus Mitteln der Titelgruppe Maßnahmen auch aus anderen Sparten zur Vorbereitung des geplanten Kulturfördergesetzes finanziert oder gefördert werden.

Aufgefallen sei ihm der Anstieg für Kosten für Sachverständige und Gutachten auf 8.400 € im Jahre 2010 auf jetzt 436.400 €. Dazu bitte er anzugeben, was aus diesem Ansatz finanziert werden solle.

Ihn erstaune die Senkung bei der Frauenförderung. Die Grünen hätten bislang bei jeder Haushaltsberatung energisch die Erhöhung bei diesem Titel gefordert. Dazu bitte er ebenfalls um nähere Angaben.

Der von Schwarz-Gelb eingeführte Ehrenamtspreis „Der Dank“ sei ebenfalls mit 120.000 € etatisiert. Er bitte, über den Stand der Vorbereitungen etwas zu erfahren.

Seines Wissens seien früher die Kulturausschussmitglieder angeschrieben worden, verbunden mit der Bitte um Vorschläge für Preisträger.

Außerdem müsse er noch einmal die Theatermittel ansprechen. Die Ministerin habe in der letzten Sitzung unter Verschiedenes gesagt, Schwarz-Gelb habe die Gelegenheit gehabt, die Theater besser zu fördern. Dazu weise er darauf hin, dass die Theaterförderung seinerzeit jedes Jahr um 4,7 Millionen € erhöht worden sei, die insgesamt in fünf Jahren eine Anhebung um über 90 % erfahren habe. Somit gehe der Vorhalt der Ministerin, Schwarz-Gelb habe die Theater nicht stark genug gefördert, ins Leere. Die 600.000 € hätten nichts mit der Grundförderung zu tun gehabt, sondern beträfen etwas ganz anderes. Dazu gebe es einen geltenden Landtagsbeschluss. Die CDU behalte sich weiter eine rechtliche Prüfung vor, ob es möglich sei, einen solchen Ansatz einfach zu streichen.

Zum Etat 2013: Auch bei diesem Haushalt werde wegen dessen später Einbringung und Verabschiedung wieder das Problem entstehen, dass die Projektträger nicht planen könnten. Die Bedeutung dieses Themas für diejenigen, die in Nordrhein-Westfalen kulturelle Aktionen planten und durchführten, dürfe nicht unterschätzt werden. Ihn interessiere, ob ein Verfahren denkbar erscheine, dass die Projektträger schneller an ihre Projektmittel gelangen könnten.

Im Grunde sei über einen Haushaltsentwurf, bei dessen Einbringung bereits elf Zwölfstel des Jahres abgelaufen seien, nicht weiter zu diskutieren.

**Vorsitzender Karl Schultheis** meint, die Auswirkungen der späten Haushaltsverabschiedung für diejenigen, die Fördermittel erwarteten, könnten nicht nur der Landesregierung vorgeworfen werden. Der Landtag habe sich selbst aufgelöst und dadurch entsprechende Folgewirkungen erzeugt.

**Andreas Bialas (SPD)** räumt ein, dass es äußerst ärgerlich sei, wenn erst jetzt der Haushalt 2012 beraten werde. Aber im Frühjahr habe es im Landtag für diesen keine Mehrheit gegeben, sodass es zur Neuwahl gekommen sei. Zweifellos befinde man jetzt über einen Haushalt, dessen Mittelansätze weitgehend ausgegeben worden seien und den man wesentlich eher hätte haben können. Die Kultur hänge sehr stark von der Verabschiedung eines Haushaltes ab. In einem Kulturgesetz solle die Möglichkeit einer mehrjährigen Förderung und für eine größere Sicherheit für die Projektmitnehmer geregelt werden.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** bestätigt, seine Fraktion halte die Frauenkulturförderung für wichtig und habe diesen Ansatz auch immer vehement verteidigt. Das gelte auch jetzt. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolge jetzt an anderer Stelle, nämlich aus dem Frauenkulturbüro heraus. Somit gebe es nur eine Verlagerung der Mittel. Für die Handelnden werde auf diese Weise mehr Selbstständigkeit erreicht.

Die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker hätten die von der schwarz-gelben Regierung erreichte Verdoppelung des Kulturförderetats begrüßt. Jetzt heiße die neue Melodie, dass die rot-grüne Landesregierung diesen Etat nochmals habe steigern kön-

nen. Die Ministerin verfüge über einen Kulturförderetat von noch nie erreichten rund 196 Millionen €. Gleichwohl erscheine ihm das nicht genug, weil man wegen der im Land vorhandenen Ideen und Konzepte locker das Doppelte ausgeben könnte. Allerdings wüssten alle um die grundgesetzlich verankerte Pflicht, im Jahre 2020 keine neuen Schulden zu machen. Unter diesem Aspekt müsse auch der Kulturförderhaushalt betrachtet werden. Deshalb sei er froh darüber, dass man für das Jahr 2012 einen Haushalt habe, der seines Wissens zu gut 90 % de facto verausgabt worden sei und seine Zwecke insofern erfüllt habe. Er wünschte sich, wenn dessen Höhe im Jahr 2013 erhalten werden könnte. Allerdings kenne er den entsprechenden Entwurf noch nicht. Mit dem Kulturhaushalt 2012 sei man gut und vernünftig aufgestellt.

Die von Prof. Sternberg vorgetragene Klage stimme nach seiner Einschätzung nicht, wenn dieser davon spreche, die späte Verabschiedung bedeute eine Katastrophe für die Projektträger. Solche Rückmeldungen habe er nicht erhalten, was mit der Realität der Bewirtschaftung zusammenhänge. Der Haushalt werde de facto seit Mitte des Jahres in einer Weise bewirtschaftet, dass die Projektträger dadurch keine Nachteile gehabt hätten. Sukzessive sei immer mehr von dem vereinbarten Geld geflossen, sodass nach seinem Kenntnisstand die Zahl der Projekte, die aufgrund der haushalterischen Situation nicht stattgefunden hätten, überschaubar bleibe. Somit erscheine es als Übertreibung, wenn Prof. Sternberg von einer Katastrophe rede. Es sei nicht sinnvoll, Katastrophenstimmung zu verbreiten, wenn diese nicht existiere. Es habe einzelne Projektrückstellungen gegeben und auch Projekte, die hätten zurückgenommen werden müssen, aber es sei keine Katastrophe über das Land hereingebrochen, weil gleichwohl die Mittel von den zuständigen Behörden bewirtschaftet und verausgabt worden seien.

Das Kulturland NRW habe auch 2012 in seiner bisherigen Breite stattgefunden, ohne bestreiten zu wollen, dass alle Projektmittelempfänger immer Probleme hätten, wenn der Haushalt zu spät verabschiedet werde. In den letzten drei Jahren habe es eben eine historische Sondersituation mit Minderheitsregierung, verbunden mit einer Klagewelle gegen Haushalte, und Neuwahl gegeben, sodass es drei Jahre hintereinander verschobene Haushaltsverabschiedungen gegeben habe. Wenn der jetzige Landtag gut sei, werde er sich darum bemühen, im ersten Vierteljahr des kommenden Jahres den Haushalt für 2013 zu beschließen.

Seiner Meinung nach habe die rot-grüne Minderheitsregierung im Februar 2012 einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt werde über diesen, fast ausgegebenen Haushalt diskutiert. Es zeige sich, dass sich der Entwurf im Wesentlichen bewährt habe. Deshalb laufe die Kritik daran im Wesentlichen ins Leere. Die Tatsache, dass keine Änderungsanträge vorlägen, zeige das und besage zudem, dass für aktuelle Beschlüsse eh nicht die Chance bestünde, diese bis Weihnachten praktisch umzusetzen, was auch gar nicht notwendig erscheine, weil das Geld bis Ende September für die Kultur in Nordrhein-Westfalen geflossen sei.

**Lukas Lamla (PIRATEN)** erläutere, die Piratenfraktion als jüngste Fraktion befinde sich in einer ganz besonderen Lage und habe nicht die Möglichkeiten gehabt, an diesem Haushaltsentwurf mitzuwirken. Einige Verbesserungsvorschläge würden für

die Zukunft gesehen. Die Piratenfraktion werde sich daher bei der Abstimmung zum Haushalt 2012 der Stimme enthalten.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Keymis, sich die Katastrophenmeldungen nicht aus den Fingern gezogen zu haben. Zu empfehlen sei, einmal die Pressemeldungen der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren nachzulesen, dessen Landesgeschäftsführer Rainer Bode nach seinen Informationen den Grünen angehöre. Dieser habe im Sommer plastisch geschrieben, es werde reihenweise zu einem Sterben kommen und die paar, die überlebten, würden im November und Dezember ein Feuerwerk abbrennen können, weil man sehen müsse, das viele Geld auszugeben.

**Thomas Nückel (FDP)** äußert mit Verweis auf das Thema Änderungsanträge, es lohne sich nicht mehr, über Details zu diskutieren. Der FDP würde dazu schon einiges einfallen. So müsse bei der kostenintensiven institutionalisierten Kultur nach deren Relevanz gefragt werden und warum flexible Kulturprojekte vernachlässigt würden.

Auch zum Medienbereich lohne es sich nicht, Änderungsanträge zu stellen. Aber beim Medienforum sei wegen der Kosten auch nach der Relevanz zu fragen. Für den Haushalt 2012 ergebe das jedoch keinen Sinn mehr, weil das Geld für die Veranstaltung im Juni ausgegeben worden sei.

Die FDP werde die diesen Ausschuss betreffenden Kapitel ablehnen.

**Andreas Bialas (SPD)** merkt an, Herr Bode werde sich sicherlich darüber freuen, dass Herr Prof. Dr. Sternberg diesen zitiert habe. Er bitte die Ministerin, die Realität der bisherigen Ausgaben im Jahre 2012 darzustellen. Seines Wissens habe es immer wieder prozentuale Freigaben über das ganze Jahr hinweg durch den Finanzminister gegeben. Unbestritten sei ein unruhiger und holpriger Ablauf. Mit Sicherheit habe es einige Projekte mit langfristiger Planung gegeben, die wegen der fehlenden Finanzierungssicherheit nicht hätten realisiert werden können. Aber ihn interessiere, wie es mit der Mittelfreigabe für die breite Masse der Maßnahmen geklappt habe.

**Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** dankt für die unterstützenden Worte seitens der Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und SPD und führt aus, dieser Kulturhaushalt mache deutlich, dass das Land die Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen intensiv unterstützen wolle und die kulturelle Bildung im Fokus habe.

Zum Mittelabfluss: Man habe aus den Erfahrungen des Haushaltsjahres 2011 gelernt, als es eine ähnlich schwierige Situation gegeben habe. Es treffe zu, dass eine verspätete Haushaltsplaneinbringung Probleme mit sich bringe. An dieser Stelle wolle sie die Kulturabteilung loben, weil diese stets einen sehr engen Kontakt zu allen Projektträgern haben müsse, wenn es um solche Haushaltsentwicklungen gehe. Wegen der Vorjahresexperiences sei klar gewesen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel früher freigegeben werden müssten.



Bis zum April dieses Jahres hätten 35 % der Mittel bereitgestanden, von April bis Juli 50 % und ab Juli sei klar gewesen, dass 92 % der Mittel zur Verfügung stünden und damit habe gearbeitet werden können. Diese Zahlen verdeutlichten, dass trotz dieser späten Haushaltsverabschiedung nicht komplett eine schwierige Situation in der Kulturszene entstanden sei.

Sie gestehe aber zu, dass gerade im Bereich der Projekte die Situation manchmal schwierig gewesen sei. Darum habe das Ministerium frühzeitig die Projekte Beantragenden darauf hingewiesen, dass eine solche Situation entstehen könne und diese sich darauf einstellen sollten. In weiten Teil sei dies gelungen. Andernfalls hätte das Ministerium ganz andere Rückmeldungen erhalten.

Ergänzend zu den Ausführungen von Oliver Keymis zur Frage nach der Frauenförderung sei anzumerken, in der Tat habe es eine Reduzierung gegeben. Diese betreffe den FrauenMediaTurm. Das Ministerium habe im letzten Jahr schon angekündigt, die Landesförderung von 70.000 auf 35.000 € zurückzufahren.

Herr Prof. Sternberg habe bei den Theatermitteln die Exzellenzinitiative erneut angesprochen. Darüber bestünden unterschiedliche rechtliche Auffassungen. Es bleibe der CDU unbenommen, die Rechtslage klären zu lassen. Seinerzeit habe der Landtag über einen Antrag festgelegt, dass bis zum Jahr 2012 die Häuser Köln und Essen gefördert werden sollten. Danach hätte eine Jury entscheiden sollen. Mit der Auflösung des Landtages seien im Grunde genommen die über Anträge beschlossenen Festlegungen unter die Diskontinuität gefallen. Inzwischen habe die neue Koalition den Theaterpakt ins Leben gerufen mit einem Fördervolumen von 4,5 Millionen €. Diese und auch andere Häuser profitierten in größerem Maße, als dies durch die Exzellenzförderung der Fall gewesen sei. Insofern sei bei diesen Häusern kein Verlust eingetreten. Die neue Landesregierung habe eine andere Akzentuierung vorgenommen, weil die Theater in ihrer Gesamtheit betrachtet würden.

Zu den soziokulturellen Zentren: Die Entwicklung in diesem Jahr habe deutlich gemacht, dass der von Herrn Bode befürchtete Fall nicht eingetreten sei. Das liege an der engen Kooperation. Zudem habe sich das Ministerium sehr viel Mühe gegeben, im Bereich der soziokulturellen Zentren eine stärkere Förderung vorzunehmen, als sie diese in der Vergangenheit erfahren hätten. Insofern habe es bei diesen eher eine positive Entwicklung gegeben.

Die Mittel für Sachverständige bezögen sich auf das gesamte Haus und nicht nur auf den Kulturretat. Für Fragen des Controllings wolle das Ministerium Sachverständige hinzuziehen. Außerdem gehe es um die Begleitung von Gesetzesvorhaben.

Bezüglich des Ehrenamtspreises „Der Dank“ stelle man im Ministerium Gedanken an. In der Koalitionsvereinbarung stehe, die neue Koalition wolle eine stärkere Würdigung des Ehrenamtes. Zurzeit werde überlegt, alle Preise im Bereich des Ehrenamtes zusammenzuführen, um daraus etwas großes Ganzes zu schaffen. In diesem Jahr werde es daher keine Einladung mehr für den Ehrenamtspreis „Der Dank“ geben.

Wegen der mit der Neuwahl und den Koalitionsverhandlungen zusammenhängenden Zeitverzögerungen sei das Ministerium mit dem Kulturfördergesetz noch nicht so

weit, wie man es gerne gewesen wäre. Aber diese 7,5 Millionen € befänden sich in einem sogenannten Deckungskreislauf, sodass am Ende des Jahres die genaue Mitteleausgabe nachgewiesen werden könne.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** folgert aus den entsprechenden Aussagen der Ministerin, der Ehrenamtspreis habe sich somit erledigt, weil offenbar Überlegungen für ein völlig neues Konzept angestellt würden. Noch auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Brunert-Jetter habe die Ministerin geantwortet, die Preisverleihung „Der Dank“ werde voraussichtlich im Herbst 2012 stattfinden.

**Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** erläutert, nach der Übernahme dieses Ministeriums habe sie gesehen, dass in verschiedenen Ehrenamtsbereichen Veranstaltungen stattgefunden hätten. Die Veranstaltung „Der Dank“ sei mit 120.000 € finanziert worden. Im Vergleich zu anderen beim Ehrenamt vergebenen Preisen sehe sie hier eine Unverhältnismäßigkeit. Bei einer Veranstaltung in großem Rahmen mit vielen prominenten Gesichtern und Kosten von 120.000 €, bei dem der Preisträger ein Preisgeld von 5.000 € erhalte, werde im Ministerium überlegt, ob nicht in anderer Form die Auszuzeichnenden gewürdigt werden könnten, wo wirklich die Preisträger in Mittelpunkt gestellt würden und deutlich gemacht werde, was diese für die Gesellschaft leisteten.

**Lothar Hegemann (CDU)** betont, eine gute Landesregierung werde sich an Beschlüsse des Landtages halten. Diskontinuierlich sei alles, was nicht abgeschlossen worden sei. Beschlüsse besäßen über den Wahltermin hinaus Gültigkeit.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** hält fest, dass die für den Ehrentamtspreis angesetzten Mittel von 120.000 € somit freie Mittel darstellten. 7,5 Millionen € seien darüber hinaus bei den Bibliotheken „geparkt“.

**Vorsitzender Karl Schultheis** teilt abschließend mit, der Kollege Lamla habe sich mit einer schriftlichen Beantwortung der Fragen der Piratenfraktion einverstanden erklärt. Die schriftliche Beantwortung sollte aber vor der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss vorliegen.

Der Ausschuss nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich in Einzelplan 02 fallenden Ansätze – Kapitel 02 200 – mit zwölf Jastimmen, sechs Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen an.

Der Ausschuss stimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich im Einzelplan 07 fallenden Ansätzen – Kapitel 07 050 und 07 100 – mit zwölf Jastimmen bei sechs Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen zu.